Erscheint wöchentlich.

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal exkl. Bestellgeld. Man abonnirt bei allen Zeitungsexpeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Heusteigstraße 50.

Inserate pro 4spaltige Petitzeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andernfalls der Abdruck unterbleibt.

Organ zur Vertretung der Interessen der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter.

Nr. 9. Stuttgart, Sonnabend den 4. März 1893. 9. Jahrgang.

Uebervölkerung.*)

Es ist eine höchst betrübende Erscheinung, daß man noch vielfach von politisch unaufgeklärten Personen die überaus thörichte und frivole Ansicht äußern hört, es müsse bald wieder einmal einen Krieg geben, um die Massen zu lichten, um durch Ausmerzung der wirthschaftlich Ueberzähligen für die Ueberlebenden in dem zur Zeit so darniederliegenden Erwerbsleben freie Bahn zu schaffen. Leute, die in dieser Weise kannegießern, sind in dem Wahn befangen, daß an den heutigen sozialen Mißständen, an den niedrigen Löhnen, der Arbeitslosigkeit, dem Niedergang des Handwerks und Kleingewerbes, mit einem Wort: der Ueberproduktion auf allen Gebieten, nicht die Struktur unserer heutigen Gesellschaftsorganisation, nicht die Form unserer gegenwärtigen Produktionsweise schuld sei, sondern einfach die sogenannte Uebervölkerung. Sie kalkuliren, wenn jetzt, zur Zeit der geschäftlichen Krise und infolgedessen intensiven Arbeitslosigkeit, ein paar Mal hunderttausend Menschen weniger vorhanden wären, so würden die Großstädte und Landstraßen nicht mit Hungernden bevölkert sein, sondern würde sich für die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen auch ausreichende Arbeitsgelegenheit finden. Auch würden dann die Löhne vermuthlich höhere sein, da ja die Unternehmer aus der Zahl der nichtvorhandenen Arbeitslosen keine Reserven zum Ersatz der höhere Lohnforderungen erhebenden Arbeiter heranziehen könnten. Diese Kalkulation, daß, wenn augenblicklich nur gerade so viel Arbeitnehmer vorhanden wären, als es der Bedarf der Produktion erheischte, von einer Arbeitslosigkeit keine Rede sein könnte, stimmt unzweifelhaft. Wenn es nur auch möglich wäre, die drei- oder viermalhunderttausend Arbeitslosen, die gegenwärtig in Deutschland vorhanden sein mögen, gleich einem Geisterchor auf der Schaubühne durch eine Versenkung spurlos verschwinden zu lassen! Die Armee der Arbeitslosen ist aber vorhanden, und wie sich ihrer entledigen? Durch einen Krieg, sind unsere politischen Kannegießer mit der Antwort bei der Hand. Als ob ein Krieg lediglich Menschenopfer, nicht aber auch ungeheure materielle Opfer verschlinge! Die unwissenden Spießbürger, die so frivol nach einem Krieg schreien — es ist ihnen damit freilich durchaus kein Ernst —, vergessen ganz, daß ein Krieg noch weit bedeutendere Opfer an Hab und Gut kostet, daß er dem Volkswohlstand noch weit empfindlichere, unendlich schwerer ausheilende Wunden schlägt, als diejenigen sind, welche er dem Volkskörper selbst beibringt. Nicht nur Hunderttausende von Menschenleben würde ein ausbrechender Krieg hinwegraffen, sondern auch ungezählte von Milliarden. Millionen von Ueberlebenden, welche in den auf dem Felde Gebliebenen oder erwerbsunfähig Gewordenen ihren Ernährer verloren, würden an den Bettelstab gebracht und auf die öffentliche Mildthätigkeit angewiesen werden. Trotz der Dezimirung der Männerwelt würde die Armee der wirthschaftlich Ueberzähligen sich doch nicht nur nicht vermindert, sondern wahrscheinlich sogar bedeutend vermehrt haben, da die Produktion infolge der Abnahme der inländischen Konsumtion und der Lahmlegung des Exports vollständig ins Stocken gerathen sein und kaum noch für einen Bruchtheil der ehemals Beschäftigten Verwendung vorhanden sein würde. Wer aus der Geschichte weiß, welch' furchtbare Geißel der Menschheit der Krieg ist, wie er den Volkswohlstand zu zerrütten vermag, der wird unsere Schilderung nicht übertrieben finden. Dazu kommt noch, daß ein etwa jetzt ausbrechender Krieg an Furchtbarkeit alle früheren übertreffen und bisher nie dagewesene Dimensionen annehmen würde. Es würde ein Aderlaß bis zum Weißbluten werden, nicht nur für das eine unterliegende Volk, sondern für alle an dem Massenmord betheiligten Nationen. Wie würden sich erst die sozialen Verhältnisse nach einem solch' furchtbaren Aderlaß gestalten, da sich doch schon nach dem siegreichen Krieg von 70/71 die Situation so unheilvoll zugespitzt hat. Selbst ein solcher Sieg, der übrigens bei einem neuen Kriegshandel ausgeschlossen wäre, und der uns doch den Fünfmilliardensegen brachte, hat, nach einem kurzen schwindelhaften Aufschwung, die Zersetzung und Verschlechterung der sozialen Verhältnisse nur beschleunigt; wie würde es da erst nach Beendigung jenes zu erwartenden großen europäischen Krieges bei uns aussehen!

Wir sehen, die Arbeitslosigkeit, die gewerbliche Konkurrenz, die Ueberfüllung der Berufe mit einem durch einen Krieg herbeigeführten Aderlaß bekämpfen zu wollen, wäre der bare Aberwitz, wäre eine Kur, die dem bekannten Dr. Eisenbart alle Ehre machen würde. Aber nehmen wir deßungeachtet einmal an, die soziale Kur erwiese sich als probat, nehmen wir an, das Mißverhältniß zwischen Arbeits- und Verdienstgelegenheit werde durch den Aderlaß eines Krieges, statt, wie wir als Folge nachgewiesen, verschärft, bis zum völligen Ausgleich gemildert, nehmen wir also an, es gebe ein Jahr nach Beendigung des vorausgesetzten segensreichen Krieges keine Arbeitslosigkeit mehr, sondern jeder Arbeiter habe ein seine Nothdurft befriedigendes Auskommen — von wie langer Dauer wäre wohl dieser harmonisch-idyllische Zustand? Zweifellos von äußerst geringer! Denn der von nie zu stillender Profitwuth verzehrte Unternehmer würde unablässig auf Mittel und Wege sinnen, um den für ihn so unangenehmen Zustand, der dem Arbeitnehmer infolge seiner Unentbehrlichkeit eine gewisse Macht bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages verliehe, zu beseitigen. Möglichst geringe Löhne zahlen, um seinen Profit steigern zu können, ist ja bekanntlich der innigste Herzenswunsch des Unternehmerthums. Lohnkürzungen lassen sich aber nur vornehmen, wenn eine industrielle Reservearmee vorhanden ist, welche der Hunger um jeden Preis ihre Arbeitskraft zu Markte zu bringen zwingt. Solch eine industrielle Reservearmee beständig zu erhalten und, wo dieselbe nicht vorhanden sein sollte, zu schaffen, ist also für die Kapitalistenklasse ein Gebot der Geschäftsklugheit, das auch nie und nirgends außer Acht gelassen wird.

Die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise zeigt nun, daß überall, wo die Arbeitslöhne eine gewisse Höhe erreicht haben, das Unternehmerthum es versucht und in den meisten Fällen auch zu Wege gebracht hat, durch Einführung von die Handarbeit ersparenden Maschinen die menschliche Arbeitskraft freizusetzen, überflüssig zu machen. Nur da, wo die Arbeitslöhne derart niedrige sind, daß der Profit die keineswegs geringen Ansprüche des Unternehmerthums zufrieden zu stellen vermag, hat man auf die Einführung der Maschinen verzichtet. Wir behaupten also: es würden keine paar Jahre ins Land gehen und das Unternehmerthum hätte schon wieder dafür gesorgt, daß der „harmonische" Gesellschaftszustand der ehemaligen Misere Platz gemacht hätte. Es bliebe dann also zur Beseitigung des Nothstandes, der sozialen Nothlage, nichts Anderes übrig, als die Kur nochmals anzuwenden und abermals etliche Hunderttausend Proletarier ans Messer zu liefern. Oder aber, man wäre vielleicht so verständig, nicht den unschuldigen Opfern des Kapitalistenthums an den Kragen zu gehen, sondern diesem selbst: Natürlich nicht in der Weise, daß man, wie ängstliche Bourgeoisgemüther sich das so grausig ausmalen, die Herren Kapitalisten auf die Guillotine schickte, sondern, indem man sie einfach der Mühewaltung überhöbe, sich noch ferner den „Entbehrungslohn" in Gestalt des Unternehmerprofits an dem gewöhnlich so schmächtigen Leibe abzudarben, indem man kurzer Hand die Expropriateurs, die kapitalistischen Hyänen, expropriirte und die privaten Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit überführte.

Das letztere Mittel, dem sozialen Elend zu steuern, wird sich als das einzig wirksame ausweisen und man wird, sei es über kurz oder lang, nicht umhin können, zu demselben seine Zuflucht zu nehmen. Denn das soziale Elend wird, je länger es währt, desto schlimmer werden und einen immer gefahrdrohenderen Umfang annehmen. Nicht allein die Einführung der Maschinen wird immer größere Arbeitermassen freisetzen, sowie dem selbständigen Kleingewerbe vollends den Garaus machen, wodurch die inländische Konsumtion total untergraben werden wird, sondern auch die Umgestaltungen auf dem Weltmarkte werden der deutschen Industrie mehr und mehr den Lebensnerv abschneiden. Die Konkurrenz Amerikas wird in absehbarer Zeit eine übermächtige werden und die deutsche Industrie nicht nur von seinen bisherigen ausländischen Absatzmärkten verdrängen, sondern ihr sogar den Absatz im hinnischen Lande selbst schmälern. Die Chicagoer Weltausstellung wird ja den deutschen Großindustriellen sowohl, als dem deutschen Handwerk die unangenehme Ueberraschung bereiten, daß die amerikanische Fabrikation vieler Produkte die deutschen quantitativ und qualitativ weit überflügelt hat. Und wenn sich unsere Industriellen noch so sehr anstrengen sollten, dem amerikanischen Vorbild nachzueifern, sie würden damit nur zur völligen Auflösung der heutigen sozialen Ordnung beitragen! Die gesteigerte maschinelle Produktion würde nur dem Handwerk und Bauernstand vollends den Todesstoß versetzen, sie würde die Zahl der Arbeitslosen steigern und die Löhne der in Arbeit Stehenden verringern, sie würde also die sozialen Gegensätze in der erdenklichsten Weise verschärfen und eine sogenannte Uebervölkerung in ihrer schlimmsten Form hervorbringen.

Indem wir im Vorhergehenden zeigten, wie es das Unternehmerthum anfangen würde, um behufs Steigerung seiner Profite eine noch nicht vorhandene industrielle Reservearmee zu schaffen, haben wir auch bereits klargestellt, was es denn eigentlich mit der sogenannten Uebervölkerung auf sich hat. Diese sogenannte Uebervölkerung ist nur ein Kunstprodukt, ein Erzeugniß des profitwüthigen Unternehmerthums, der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, nichts weiter. Von einer Uebervölkerung in dem Sinne, daß nicht Lebensmittel genug für Alle vorhanden wären, bei einer vernunftgemäßen Produktionsform nota bene, kann auch nicht im Mindesten die Rede sein. Im Gegentheil, wir haben ja eine Ueberproduktion! Volkswirthschaftliche Kapazitäten haben ausgerechnet, daß die Erde reichliche Güter nicht nur für die heutige Menschenzahl, sondern sogar für eine vielfältig höhere hervorzubringen vermöge, sofern die Produktion nur rationell betrieben werde. Ob die zu erzeugende Gütermenge nur für 5000 Millionen (nach der geringsten Schätzung) oder für 10000 oder gar 20000 ausreichen würde, soll uns heute, wo die Erde nur von ca. 1500 Millionen bewohnt wird, gleichgiltig lassen. Das wird jedenfalls kein Zurechnungsfähiger, der einige ökonomische Kenntnisse besitzt, behaupten wollen, daß momentan die Ertragsfähigkeit der Erdoberfläche bereits an ihrer Grenze angelangt sei und bei einer weiteren Bevölkerungszunahme ein Mangel an Lebensmitteln 2c. eintreten müsse. Selbst die geringsten Schätzungen nehmen ja an, daß die Erde mehr als die dreifache Za l ihrer heutigen Bewohner reichlich ernähren könne. Was von der Erde im Allgemeinen, das gilt von Deutschland und den übrigen kapitalistischen Staaten im Besonderen. Das erforderliche Quantum von Erzeugnissen zur Befriedigung aller Nothdurft der vorhandenen Bewohnerzahl ließe sich leicht hervorbringen, wenn das nur die heutige Produktions- und Vertheilungsweise der Güter zuließe. Dem heutigen kapitalistischen Produktionssystem kommt es ja nicht darauf an, so viel Güter zu erzeugen, als zur Versorgung sämmtlicher Menschen erforderlich, sondern nur so viel, als mit Profit losgeschlagen werden können. Da aber der eigentliche Erzeuger der Güter, der Arbeiter, nur einen Bruchtheil derselben in Gestalt des Lohnes zuertheilt erhält und er andererseits doch den Hauptfaktor der Konsumtion ausmacht, so ist erklärlich, daß das thatsächlich erzeugte Produktenquantum hinter dem Möglichen unendlich zurückbleibt.

Resumiren wir das bereits Gesagte: Die sogenannte Uebervölkerung ist nur eine Folge und Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie kann nur durch die Hervorbringung eines größeren Quantums von zum Lebensunterhalt nöthigen Produkten beseitigt werden, was aber nur innerhalb der sozialistischen Produktionsweise ermöglicht werden könnte. Der Krieg beseitigt die „Uebervölkerung" keineswegs, er vermehrt dieselbe sogar, indem er die Produktion ins Stocken bringt und nachhaltig schädigt. Ebensowenig beseitigt er die Auswanderung der fälschlicherweise so benannten „Uebervölkerung." Die ärmsten Elemente der Bevölkerung bleiben zurück, und wäre der Strom der Auswanderung noch so stark, die Kapitalistenklasse würde trotzdem und alledem noch Arbeitskräfte freizusetzen wissen. Der Kapitalismus gebiert eben das in der sogenannten Uebervölkerung, der Erwerbslosigkeit breiter Schichten gipfelnde soziale Elend immer aufs Neue. Darum fort mit diesem Gesellschaftssystem!

*) „Tischler-Zeitung" vom 26. Februar.

Vom IV. ordentlichen Verbandstag in Frankfurt a. M.

ist noch zu berichten, daß am dritten Verhandlungstag zunächst die Statutprüfungskommission eine vollständig ausgearbeitete Statutvorlage, unter Zugrundlegung des Berliner Entwurfs, der Berathung unterstellte. Um die Verhandlungen zu kürzen, wurde die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt.

Den Beschlüssen des Verbandstags entsprechend ist der vom 1. Mai d. J. an geltende Titel: „Verband der Buchbinder, Papier- und Lebergalanteriearbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland." Als Einschreibebetrag wurde für männliche Mitglieder 50 Pfg., für weibliche 25 Pfg. festgesetzt. Der wöchentliche Beitrag beträgt für erstere 25 Pfg., für letztere 15 Pfg. An Unterstützungen sind vorgesehen: Reiseunterstützung nach Kilometerberechnung, pro Kilometer 2 Pfg. in den Sommer- und 2½ Pfg. in den Wintermonaten; Arbeitslosenunterstützung für männliche und weibliche Mitglieder mit 1 Mk. bezw. 50 Pfg. pro Tag. Außerdem sind Bestimmungen getroffen für Unterstützung Gemaßregelter, und wurde der Rechtsschutz auf aus den Arbeiterschutzgesetzen hervorgehende Streitfälle ausgedehnt. — Urabstimmungen finden alle zwei Jahre statt; Verbandstage nur dann, wenn durch die Urabstimmung ein solcher beschlossen wird; in letzterem Falle kommt auf 200 Mitglieder ein Delegirter. Auch ein Zentralarbeitsnachweis wird fernerhin zu den Einrichtungen des Verbandes gehören, welcher seinen Sitz in Berlin haben wird. Die „Buchbinder-Zeitung" soll als Organ des Verbandes dem neuen Titel entsprechend bezeichnet werden. Einsendungen, die der Redakteur zur Aufnahme beanstandet, hat derselbe dem Ausschuß zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der Verbandsvorstand ist befugt, mit Vereinen, die durch Gesetz am Beitritt verhindert sind, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen.

Die Mitglieder des jetzigen Verbandes treten ohne Weiteres in den neuen Verband unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft über, jedoch werden dieselben zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung erst berechtigt, wenn sie 60 Wochenbeiträge geleistet haben. Mit diesen hauptsächlichsten Bestimmungen wurde das Statut dann einstimmig angenommen. Eventuell durch Gesetz nothwendige Aenderungen des Statuts wurden dem Vorstand und Ausschuß übertragen.

Weiter wurde beschlossen, daß zur Generalversammlung der Steindrucker- und Lithographen-Organisation ein Abgeordneter unserer Organisation entsendet werden soll.

Der Vorort des Verbandes, sowie der Erscheinungsort der „Buchbinder-Zeitung" ist Stuttgart. Dietrich wurde wiederum als Vorsitzender und Redakteur gewählt. — Die Gehälter bleiben wie bisher. — Die vom Verein Berlin an die Verbandskasse geschuldeten 500 Mk., welche Schuld vom Berliner Kartonnagerstreik herrührt, wird dem Verein erlassen. — Den Ort für Abhaltung eines Verbandstags hat Vorstand mit Ausschuß zu bestimmen.

Der Schluß des Verbandstages erfolgte am 22. Februar, Abends halb 10 Uhr.

Protokoll

der Verhandlungen des IV. ordentlichen Verbandstags der Vereine der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland.

Abgehalten zu Frankfurt a. M. den 20., 21. und 22. Februar 1893.

I. Sitzung am 20. Februar.

Der Verbandsvorsitzende Kollege Dietrich-Stuttgart eröffnet um 9 Uhr Vormittags den Verbandstag mit herzlicher Begrüßung der Delegirten. Er beruft Kollege Wunscheck-Berlin als provisorischen Schriftführer und weist dann auf die Arbeiten hin, die der Verbandstag zu erledigen hat. Dieselben seien von solch großer Tragweite, daß nicht nur die Kollegenschaft Deutschlands, sondern auch die der umliegenden Staaten mit Interesse den Verhandlungen folgen wird. Gilt es doch den gestellten Anträgen entsprechend eine Reorganisation vorzunehmen, eine Organisation zu schaffen, in welche die Kollegenschaft volles Vertrauen setzen kann, von der sie sich mehr und Besseres für die Zukunft verspricht. — Ein weiterer Punkt ist die Stellungnahme zum graphischen Kartell. Sie wissen, daß die gewerkschaftlich organisirte Arbeiterschaft beim Kongreß in Halberstadt über die beste Form der Organisation berieth und zu dem Beschluß kam, die Zentralisation als die beste Form der Organisation anzuerkennen; der Kongreß erklärte sich für die Annäherung der Zentralisationen verwandter Berufe durch Kartellverträge. Auch das haben wir in den Kreis

unserer Berathungen zu ziehen. Die Aufgaben, welche der Verbandstag zu erledigen hat, sind im Allgemeinen von größter Bedeutung und wird jeder Delegirte nach bestem Wissen und Gewissen sachlich prüfend nach den Aufträgen der Mandatgeber und nur das Wohl der Gesammtheit im Auge habend, an die Arbeiten herantreten. Möge nun eine Neuorganisation zum Beschluß erhoben werden, oder möge es bei der seitherigen Verbandsorganisation verbleiben, in jedem Falle darf doch erwartet werden, daß sämmtliche Theilnehmer an den Verhandlungen, das Gehörte mit nach Hause nehmend, die Beschlüsse zur Ausführung zu bringen suchen, und daß nicht ein Theil der organisirten Kollegenschaft sich bei Beibehaltung der seitherigen Organisationsform enttäuscht, oder bei einer Umgestaltung in seinen Wünschen sich unbefriedigt fühlt, und Spaltung zu befürchten wäre. In der Hoffnung, daß Sie Ihre volle Kraft einsetzen, um der Organisation die Möglichkeit fernerer nützlicher und fruchtbringender Thätigkeit zu geben, heiße ich Sie nochmal herzlich willkommen.

Der Vertreter des Vereins Frankfurt, Kollege Thierberg, begrüßt nun ebenfalls die Delegirten im Namen seines Vereins und wünscht, daß die Arbeiten des Verbandstages zum Wohle der gesammten Arbeiterschaft ausfallen mögen.

Hierauf bringt Dietrich die am Abend des 19. Februar in einer Vorversammlung festgesetzte Geschäftsordnung zur Annahme in Vorschlag und schreitet zur Wahl einer Mandatprüfungskommission. Die Wahl ergiebt: Keller-Halle, Jöhler-Stuttgart und Schubert-Magdeburg. — Die Verhandlung wird bis nach Prüfung der Mandate ausgesetzt. Bei Wiederaufnahme derselben berichtet Jöhler-Stuttgart: Anwesend sind 37 Delegirte für 43 Verbandsvereine, welche 2528 männliche und 210 weibliche Mitglieder haben. Als Gäste wohnen 2 Kollegen aus Leipzig den Verhandlungen an. Die Vertretung der einzelnen Orte ist wie folgt:

Vereine.	Mitglieder männl.	Mitglieder weibl.	Delegirte.
Altenburg	117	28	Ewald Buchwald.
Berlin	471	70	Max Marwitz. A. Riese. R. Wunscheck.
Bielefeld	35	3	F. Behrmann.
Braunschweig-Rostock	40	—	H. Neumann.
Bremen-Oldenburg	26	—	F. Mannebach.
Breslau-Glogau	23	—	Emil Neukirch.
Darmstadt-Mainz	48	—	Franz Büßgen.
Dortmund	42	—	Franz Lux.
Düsseldorf	25	—	Max Homfeldt.
Duisburg-Ruhrort-Hagen	36	—	Wilh. Bongartz.
Elberfeld	39	—	Bernh. Grönhoff.
Erfurt	49	—	R. Smolny.
Erlangen-Augsburg	40	—	Aug. Steinwehe-Frankfurt.
Flensburg-Kiel	32	—	D. Rindfleisch.
Frankfurt a. M.	64	—	A. Thierberg.
Freiburg i. B.	33	—	Josef Schwinder.
Fürth (Fachverein und Arbeiterinnenverein)	23	24	Georg Kirchner.
Gießen-Offenbach a. M.-Göttingen	24	—	August Jacob.
Halle a. S.	30	—	Eduard Keller.
Hamburg	185	—	H. Kamman. K. Grimm.
Hannover	146	16	Josef Goppert.
Karlsruhe-Konstanz	37	—	Theodor Simon.
Köln	33	—	Hans Weiß.
Liegnitz	59	3	Ernst R. Schubert-Dresden.
Magdeburg	74	—	Reinhold Schubert.
Mannheim	51	1	F. W. Schmidt.
München	149	—	Theobald Völker.
Nürnberg	86	—	Alex. Josef.
Pforzheim	38	—	August Schuler.
Saalfeld-Weimar	40	—	Friedrich Meyer.
Stettin	28	—	Wilhelm Goebel.
Stuttgart	305	60	Wilhelm Balluff. E. Jöhler. H. G. Müller-Frankfurt.
	2528	210	

Als Gäste waren anwesend und mit Mandat versehen: Ernst Scherer und C. Nardten aus Leipzig.

Vom Verbandsvorstand sind anwesend der Vorsitzende Dietrich-Stuttgart und der Kassier Bihl-Stuttgart, und vom Ausschuß dessen Geschäftsführer Harder-Hannover.

Die Geschäftsordnung gelangt sodann zur einstimmigen Annahme.

Die Bureauwahl ergiebt: Harder-Hannover 1. Vorsitzender, Buchwald-Altenburg 2. Vorsitzender, als Schriftführer Kirchner-Fürth, Lux-Dortmund, Neukirch-Breslau und Wunscheck-Berlin, als Führer der Rednerliste Müller-(Frankfurt) Stuttgart.

Der Verbandstagsvorsitzende verliest hierauf Begrüßungstelegramme von den Vereinen Fürth, Zürich, Bielefeld, Dortmund und Göttingen, und spricht den Absendern im Namen des Verbandstags den Dank dafür aus.

In die Tagesordnung eintretend erhält der Verbandsvorsitzende das Wort zum 1. Punkt:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der dritte ordentliche Verbandstag, welcher vom 28. bis 30. März 1891 zu Altenburg tagte, hatte sein Vertrauen in die Verbandsleitung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er einstimmig den ersten Vorsitzenden, Kollege Dietrich, wieder auf weitere zwei Jahre mit der Führung der Geschäfte betraute und den Sitz des Vorstandes in Stuttgart beließ. Es war somit dem Verein in Stuttgart die Aufgabe geworden, die Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes nach § 11 des Statuts sofort vorzunehmen und hatte diese Wahl das Resultat, daß die Kollegen F. Bihl, R. Schleich, W. Balluff, W. Taute, W. Seyther und F. Lender dem Verbandsvorstand angehörten. F. Bihl erhielt das Vertrauen als Kassier und W. Balluff wurde als zweiter Vorsitzender bestimmt. Später wurden Ergänzungswahlen insoweit nothwendig, als W. Balluff zum Vorsitzenden des Vereins Stuttgart gewählt wurde, wodurch derselbe aus dem Verbandsvorstand ausschied und dann der seitherige Beisitzende R. Schleich als zweiter Vorsitzender an Stelle Balluff's kam und P. Mehnert als Beisitzer gewählt wurde. Nach Abreise des Letzteren wurde J. Frey als Beisitzer gewählt. Die Thätigkeit des Verbandsvorstandes ist nun nicht in größerem Rahmen hier zu schildern, sondern nur das Wissenswertheste als Bericht zu geben. Die Herren Delegirten, welche sich für die Einzelheiten interessiren, können Einblick in das zur Stelle gebrachte Protokollbuch nehmen, welches die Berichte der Vorstandssitzungen enthält.

Bekanntlich hat der vorige Verbandstag zwei Resolutionen gefaßt, von denen die erste den Vorsitzenden ermächtigt und beauftragt, die einleitenden Schritte zu thun, um eine Vereinigung sämmtlicher im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen. — Die zweite Resolution nahm Stellung zur damals beabsichtigten Neunstundenbewegung der Buchdrucker. Der Verbandstag brachte den Buchdruckern zu dieser Bewegung die vollste Sympathie entgegen und sicherte denselben — ohne sich jedoch für direktes Eintreten der Buchbinder in diese Bewegung zu engagiren — in jeder Weise kräftige Unterstützung zu, um so die Sympathie unseres Verbandes moralisch und finanziell zum Ausdruck zu bringen. Der Verbandsvorsitzende wurde beauftragt, den Vorsitzenden des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker und Schriftgießer davon in Kenntniß zu setzen.

Die beiden Resolutionen wurden, dem Auftrag des Verbandstags gemäß, in geeigneter Weise der Leitung der Buchdruckerorganisation zur Kenntniß gebracht, worauf dann vom Vorsitzenden derselben die Antwort dahingehend erfolgte, daß eine Uebereinstimmung der beiden Organisationen insofern bestehe, daß ein Zusammenwirken und gegenseitiges Unterstützen der graphischen Arbeiter selbstverständlich sein müsse; jedoch glaubte die Generalversammlung der Buchdrucker auf eine Union nicht eingehen zu können, da sich einer derartigen Vereinigung große Schwierigkeiten entgegen stellen. — Betreffs der zweiten Resolution sprachen die Buchdrucker dem Verbandstag für die sympathische Stellung zu der geplanten Bewegung den besten Dank aus und hofften, daß das Solidaritätsgefühl der graphischen Arbeiter sich auch bei getrenntem Marschiren dokumentiren werde.

Einer engeren Verbindung der verwandten Berufe zeigten sich also die Buchdrucker nicht geneigt. Der Verbandsvorstand hoffte jedoch, daß mit der Zeit auch in dieser Frage eine Aenderung der Ansichten bei den Buchdruckern eintreten werde und war fortgesetzt bestrebt, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Gelegenheit dazu gab der nach Halberstadt einberufene allgemeine Gewerkschaftskongreß. Der Verbandstag zu Altenburg hatte die Vereine Stuttgart und Berlin beauftragt, zu diesem Kongreß je einen Delegirten zu wählen. Die gewählten Delegirten, Dietrich und Marwitz, haben nun — nachdem vom allgemeinen Kongreß auch Spezialkongresse der verschiedenen Gewerbe resp. Industrien zur besseren Verständigung über die Wege zur engeren Vereinigung beschlossen wurden — mit den andern Vertretern der graphischen Gewerbe eingehend über die Schaffung einer engeren Verbindung berathen. Das Resultat war: die einstimmige Annahme der in der „Buchbinder-Zeitung" veröffentlichten Resolution. Darnach soll zunächst eine gemeinsame Kasse mit gleichmäßigem Beitrag geschaffen werden und sind die Grundzüge einer engeren Verschmelzung von den einzelnen Generalversammlungen festzusetzen; deren Verwirklichung soll einer späteren Berathung der Vertreter der kartellirten Organisationen vorbehalten bleiben.

Da nun die Generalversammlung der Buchdrucker schon auf 28. Juni v. J. einberufen wurde und diese der Resolution des Kongresses also zuerst näher zu treten hatte, so glaubte der Vorstand des Verbandes einen vollständigen Statutenentwurf für ein graphisches Kartell fertigstellen zu sollen, um eventuell die Generalversammlung der Buchdrucker zu einer Berathung desselben zu veranlassen und aus dem sich ergebenden Resultat dann die Grundlage zur Weiterarbeit zu bekommen. — Die Stellung der Buchdrucker hat deren Generalversammlung in der Resolution zum Ausdruck gebracht, wie sie durch die „Buchbinder-Zeitung" den Mitgliedern unserer Organisation wiederholt bekannt gegeben wurde. Die weitere Thätigkeit des Vorstandes in der Frage des Kartells ist bereits in Nr. 47 unseres Organs vorigen Jahrs detaillirt gegeben worden, so daß in diesem Bericht nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Es bleibt nur darauf hinzuweisen, daß — auf ergangene Einladung des Vorstandes — von der Organisation der Buchdrucker und der Organisation der Steindrucker und Lithographen Abgeordnete zu unserem Verbandstag kommen werden, um bei Berathung des dritten Punktes der Tagesordnung direkten Antheil zu nehmen und so diese Frage zur allgemeinen und zufriedenstellenden Weiterführung zu bringen, eventuell durch gemeinsame Aufstellung von Grundbestimmungen die endgiltige Erledigung beschleunigen zu helfen.

Entsprechend dem in der zweiten Resolution des dritten ordentlichen Verbandstages enthaltenen Auftrags hat der Vorstand es für seine Pflicht erachtet, für möglichste Unterstützung der kämpfenden Buchdrucker einzutreten, und zwar durch Bekanntmachung behufs Sammlungen und örtliche Extrasteuern (in Nr. 47 unserer Zeitung von 1891), wie auch durch größere Darlehen aus Verbandsmitteln. — Um Einheitlichkeit in dem Verhalten der Mitglieder bei der Bewegung der Buchdrucker zu erzielen, ist ein Rundschreiben unterm Datum des 15. September 1891 an sämmtliche Vereinsvorstände versandt worden, in welchem genaue Instruktion gegeben wurde. Unterstützungen an Mitglieder, die in Folge des Buchdruckerstreiks arbeitslos wurden, sind aus Verbandsmitteln und auch von einzelnen Verbandsvereinen erfolgt. Das Verhalten der Mitglieder wie der Gesammtorganisation war der Resolution durchaus entsprechend.

Unregelmäßigkeiten bei Ausstellung von Legitimationen, wie auch thatsächlich vorgekommener Mißbrauch der Legitimation durch ein Mitglied, mußten durch Rundschreiben zu verhüten und zu beseitigen gesucht werden.

Durch Beschluß des Halberstadter Gewerkschaftskongresses wurde den Gewerkschaften die Pflicht auferlegt, zur Deckung des Defizits der Generalkommission Marken à 10 Pf. zum Vertrieb zu bringen und ist das vom Verbandsvorstand unterm 20. Mai 1892 geschehen. Ein Theil der Vereine ist noch mit Abführung des Betrags im Rückstand.

Auch ist durch den Halberstadter Gewerkschaftskongreß beschlossen worden, daß jede Organisation pro Mitglied und Vierteljahr 5 Pfg. Beitrag an die Generalkommission abzuführen habe. Diesem Beschluß ist seither vom Verbandsvorstand durch Abführung des Betrags aus Verbandsmitteln entsprochen worden.

Ferner hat der Vorstand zum Vertrieb des Protokolls vom Kongreß mittelst Rundschreiben angeregt.

Von einer durch die Generalkommission beabsichtigten Ausgabe einer „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Beamten der Zweigvereine der Zentralorganisationen" sind 52 Exemplare bestellt worden, die auf Rechnung des Verbandes unentgeltlich den Vereinen zugestellt werden sollen.

Die Aufnahme der Winckler'schen Annonce in unsere Zeitung — betreffend kostenlose Vermittlung von Arbeitsgesuchen — hat einige Verbandsvereine zu Protesten veranlaßt. Der Vorstand, in seiner Eigenschaft als Preßkommission, glaubte deshalb in einem Rundschreiben vom 30. September die ihn zur Aufnahme veranlaßten Gründe klarlegen und die Ansicht sämmtlicher Verbandsvereine darüber einholen zu sollen. Das Resultat war, daß sich 26 Vereine für Aufnahme und 9 Vereine gegen dieselbe erklärten. (Auf Wunsch des Verbandstags giebt Redner die Namen der betreffenden Vereine bekannt.) Ein vor Betragung der Vereine vom Vorstand beim Ausschuß gestelltes Ersuchen um Aeußerung über die Aufnahme der Annonce wurde vom Ausschuß abgelehnt, da zu einer Beschlußfassung keine Veranlassung vorliege, wenn keine direkte Beschwerde seitens eines Vereins eingehe. — Nachdem sich die Majorität der Vereine für fernere Aufnahme ausgesprochen hat, hatte der Vorstand auch keine Veranlassung, die Annonce nicht mehr in unserer Zeitung aufzunehmen.

Der Vorrath an Legitimationsheften ist kurz vor dem Verbandstag zu Ende gegangen und da — im Hinblick, daß der jetzige Verbandstag vielleicht eine Reorganisation vornimmt — ein Neudruck derselben nicht rathsam erschien, so hat der Vorstand eine Interimslegitimation (grüne Karte) herstellen lassen und sämmtliche Vereine davon in Kenntniß gesetzt.

Vom Verbandstag in Altenburg erhielt der Verein Hamburg den Auftrag, Formulare für statistische Aufnahmen, den dem Verbandstag vorgelegenen Anträgen entsprechend, anzufertigen. Diesem Auftrag wurde von Hamburg entsprochen, und ist das Resultat der statistischen Erhebung, wie solche vom Verbandsvorstand mittelst dieser Fragebogen auf 1. November 1891 veranlaßt wurde, in Nr. 37 des Organs vom vorigen Jahre enthalten. Obgleich bei dieser Aufnahme eine bedeutend größere Betheiligung (77 Orte) gegenüber den früheren 9 Aufnahmen zu verzeichnen ist, so kann das Gesammtergebniß doch nicht als befriedigend angesehen werden, weil immer noch eine Anzahl Orte von Bedeutung keine vollständige Aufnahme bewerkstelligen konnte und auch eine Anzahl ganz fehlt. Wünschenswerth wäre deshalb, daß bei der nächsten statistischen Erhebung noch größere Anstrengungen für eine gründliche Statistik gemacht werden. Zu beachten dürfte auch sein, daß möglichst zu gleicher Zeit überall die Aufnahme gemacht wird und das Ergebniß von den einzelnen Orten dann so bald dem Verbandsvorstand zugeht, daß derselbe auch in der Lage ist, das Gesammtergebniß in möglichst kurzer Zeit nach der Aufnahme zusammenstellen und veröffentlichen zu können. Da die Einsendung der örtlichen Aufnahmeergebnisse sich bei der Winteraufnahme 1891 auf 92 bis in den Monat August vorigen Jahres zum Theil verzögerte, so war es unmöglich, auch die Sommerstatistik vorzunehmen, und mußte diese deshalb für dieses Jahr vorgesehen werden.

In Folge der allgemeinen wirthschaftlichen Krisen und der dadurch in unserem Gewerbe herrschenden großen Arbeitslosigkeit, konnte an die vollständige Durchführung der Forderungen, wie sie der Verbandstag zu Hannover aufstellte und zur Durchführung in Aussicht nahm, in den letzten zwei Jahren nicht gegangen werden. Zudem beanspruchte ja auch die Bewegung der Buchdrucker unsere vollste Aufmerksamkeit und unsere Bereitstellung zur möglichsten Unterstützung der in Folge dieser Bewegung zu Schaden gekommenen Mitglieder unseres Verbandes, wie auch zur eventuellen thatkräftigen Unterstützung der Buchdrucker selbst.

Die Agitation wurde aber zu jeder Zeit und so ausgedehnt wie möglich betrieben. So wurden, bei Gelegenheit der Reise des Vorsitzenden zum allgemeinen Gewerkschaftskongreß, die schon lange zur mündlichen Agitation in Aussicht genommenen Provinzen Westfalen und Rheinland von demselben bereist und in einer größeren Anzahl Orte Agitationsversammlungen abgehalten. — Behufs Agitation bei den Arbeiterinnen wurde Frau Zetkin nach Fürth gesandt; die noch zu gleicher Zeit zur Agitation vorgesehenen Städte Nürnberg und Erlangen haben auf ein Referat verzichtet. — Kollege Dempwolf ist zur mündlichen Agitation nach Freiburg, Lahr und Karlsruhe gesandt worden. Außerdem sind einer Reihe Orte zur Agitation durch die Vereine selbst die nöthigen Geldmittel aus der Verbandskasse, den Anträgen entsprechend, bewilligt worden. Zur schriftlichen Agitation wurden Aufrufe an die Kollegen und Arbeiterinnen, sowie auch in vielen Fällen unsere Zeitung, in großer Anzahl ausgegeben. —

Wir können mit Befriedigung konstatiren, daß die Zahl der Mitglieder seit dem vorigen Verbandstag, trotz der großen Arbeitslosigkeit und theilweiser gedrückterer Einkommen der in Arbeit Stehenden in Folge unregelmäßiger Arbeit, sich nicht vermindert hat, obwohl die Zahl der Vereine kleiner wurde. Wenn beim dritten ordentlichen Verbandstag 51 Verbandsvereine zu zählen waren, so sind heute nur 45 zu verzeichnen. Von diesen ist der Verein Lüdenscheid seit Frühjahr vorigen Jahres ohne jede Thätigkeit gewesen, da der Geschäftsgang am Orte in den größeren Geschäften derartig schlecht war, daß die Vereinsmitglieder oft nur wenige Tage Arbeit hatten und dadurch zur Beitragsleistung unfähig waren. Der Verbandsvorstand hat sich dadurch veranlaßt gesehen, diesen Verein, bis zu einer besseren Erwerbsmöglichkeit der Mitglieder, von den Verbandsbeiträgen zu entbinden. In den letzten Wochen ist nun die Mitgliederzahl daselbst wieder größer geworden und kann jetzt erst wieder mit einer richtigen Vereinsthätigkeit und mit Beitragsleistung an die Verbandskasse gerechnet werden. Da nun aber der Verein Lüdenscheid bis dahin eigentlich nur noch dem Namen nach bestand, so mußte von einer Vertretung desselben beim jetzigen Verbandstag abgesehen werden. —

Der Abgang und Zugang vertheilt sich wie folgt:

Aufgelöst haben sich die Vereine Aschersleben, Lübeck, Reutlingen, Münster i. W., Brandenburg a. H., Sonneberg, Königsberg, Bonn, Regensburg, Apolda, Göppingen, Lahr, Würzburg, Crefeld, Berlin (Fachverein), Berlin (Arbeiterinnenverein), Kaufbeuren; ausgetreten ist Wiesbaden; zusammen 19 Vereine.

Eingetreten sind die Vereine Wiesbaden (1. April 1891), Erlangen (1. April 1891), Glogau (1. Mai 1891), Saalfeld a. S. (1. Juni 1891), Würzburg (1. August 1891), Konstanz (1. August 1891), Kaufbeuren (1. August 1891), Mainz (1. September 1891), Fürth, Arbeiterinnenverein (1. Oktober 1891), Berlin, Arbeiterinnenverein (1. Oktober 1891), Berlin, Arbeiter- und Arbeiterinnenverein (1. August 1892), Karlsruhe (1. November 1892); zusammen 12 Vereine. — Von den aufgelösten Vereinen haben sich zwei neukonstituirt, so Berlin und Karlsruhe. Auch der Verein in Altenburg hat eine Umänderung vorgenommen. —

An Rechtsschutzfällen hatte der Vorstand nur einen Klagfall direkt zu behandeln, dazu sind aber noch von einer Anzahl Vereine Kosten für solche Fälle der Verbandskasse in Anrechnung gebracht worden.

Fälle von Maßregelungen Verbandsangehöriger sind mehrfach vorgekommen und die davon Betroffenen aus der Verbandskasse unterstützt worden. —

Durch die Cholera-Epidemie in Hamburg wurde der dortige Verein für Beihilfe in Nothfällen an betroffene Mitglieder in seiner Kasse sehr geschwächt, weshalb der Verbandsvorstand einem Antrag des Vereinsvorstandes auf Nachlaß der Hälfte der Beiträge fürs dritte Quartal 1892 entsprochen hat. Ebenso ist ein Aufruf zur Unterstützung der Nothleidenden in Hamburg vom Verbandsvorstand erlassen worden. —

Eine Bekanntmachung des Vorstandes, die vom Verein Annaberg vom 1. September an ausgestellten Legitimationskarten von den Verbandsvereinen nicht mehr anzuerkennen, weil dieser dem Verband nicht angehörende Verein die Zeitung abbestellte, ist von mehreren Verbandsvereinen und auch sonstigen Kollegen gerügt worden. Der Vorstand mußte aber so handeln, wie geschehen, weil er seit Bestehen des Verbandes einer diesbezüglichen Instruktion des Kongresses bei Schaffung des Verbandes stets nachzukommen sich verpflichtet fühlte und weil die Bethätigung der Solidarität der dem Verband nicht angehörenden Vereine wenigstens durch obligatorische Einführung der Zeitung zum Ausdruck gebracht werden soll. Da die Zeitung an solche Vereine zum Selbstkostenpreis abgegeben wird, so ist die Bethätigung des gemeinsamen Strebens durch Haltung der Zeitung jedenfalls kein unbilliges Verlangen. Die Bekanntmachung war auch nur in Form des Ersuchens an die Verbandsvereine gerichtet und kann deshalb mit Recht nicht als diktatorisches Vorgehen des Vorstandes bezeichnet werden. Es mußte gegen gehässige Angriffe einzelner Kollegen, die dem Verband nicht angehören, in dieser Angelegenheit Stellung genommen werden, weil nur dem Verband gegenüber der Vorstand für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden kann. Die Bekanntmachungen des Vorstandes haben nur auf den Verband als solchen Bezug und unterstehen deshalb auch nicht der Kritik Unbetheiligter, wenigstens ist für solche kein Recht zum Protest in Verbandsangelegenheiten gegeben. Dem Verbandstag wird der Vorstand stets Rechenschaft über seine Thätigkeit geben. —

Der Austritt des Vereins Wiesbaden ist damit motivirt worden, daß die Zentralisation für die Arbeiterbewegung nachtheilig sei. An die Leitung des Verbandes gestellt ist es Pflicht des Vorstandes, gegen solche Ansichten offen anzukämpfen, was auch geschehen ist. Von Diktatur dieser Stellungnahme wegen zu sprechen, ist eine willkürliche Behauptung und von Verbandsgegnern nur als Vorwand benützt, um dahinter gegen die Zentralisation operiren zu können. Würde vom Verein Wiesbaden wirklich aus Ueberzeugung der Beschluß gefaßt worden sein, aus dem Verband auszuscheiden, weil er als Zentralisation nachtheilig sei, so hätte sich jedes Mitglied dieses Vereins auch bewußt sein müssen, daß es ehrlich, anständig und charaktervoll ist, bis zum Austritt seine Pflicht zu erfüllen. Das ist vom Verein Wiesbaden nicht geschehen und haben die dort an der Leitung stehenden Personen es bis heute nicht der Mühe werth gehalten, die bis zum Austritt aus dem Verband vom Verein geschuldeten Beiträge für acht Monate zu entrichten. —

Das vom Vorstand des Vereins Dresden gegen den Verbandsvorstand unternommene Vorgehen ist den Delegirten genugsam bekannt und, soweit zu beobachten ist, von den Verbandsvereinen allgemein verurtheilt worden. Die in dem Flugblatt enthaltenen Schmähungen, Verdächtigungen und Angriffe sind derart, daß der Zweck dieser Flugschrift sich unschwer erkennen läßt. Auf den Inhalt selbst einzugehen, hält der Vorstand nicht im Rahmen des Geschäftsberichts liegend, wird aber, wenn der Verbandstag Stellung dazu nehmen will, durch seine

anwesenden Mitglieder auf die Angriffe der Verfasser des Pamphlets weiter eingehen. —

An Bekanntmachungen des Vorstandes in der Zeitung wurden vom vorigen bis zu diesem Verbandstag erlassen 71, und zwar bis Ende 1891 36, im vorigen Jahre 37 und in den Nummern 1—6 dieses Jahres 8. —

In 102 Sitzungen, darunter vier außerordentlichen, hat der Vorstand seine Geschäfte erledigt.

An Ein- und Ausläufen sind vom 25. März 1891 bis 14. Februar 1893 zu verzeichnen:

Einläufe: 808 Briefe, 242 Postkarten, 2 Telegramme, 11 Postpakete, 10 Kreuzbandsendungen; zusammen 1073 Poststücke. Hierfür Strafporto: 4,25 Mk.

Ausläufe: 989 Briefe, 222 Postkarten, 5 Telegramme, 43 Postpakete, 1483 Kreuzbandsendungen; zusammen 2742 Poststücke. Hierfür Porto: 270,48 Mk.

In diesen Ein- und Ausläufen sind solche für die Zeitung nicht enthalten. —

Der Beschluß des vorigen Verbandstags, auch Arbeiterinnen in den Verband aufzunehmen, war jedenfalls durchaus zeitgemäß; wenn auch keine große Zahl weiblicher Mitglieder zu verzeichnen ist, so wird eine fortgesetzte Agitation auch jetzt noch vorhandene Vorurtheile bei den Arbeiterinnen nach und nach immer mehr beseitigen können und diese in größerer Zahl der Organisation zuführen. —

Die Wahl der Delegirten ist nach der Bekanntmachung des Vorstandes, der Mitgliederzahl am Ende des dritten Quartals entsprechend, von den Vereinen vorgenommen worden. Die Zusammenstellung der Vereine ist, wo irgend möglich, unter der Berücksichtigung erfolgt, daß mündliche Berichterstattung der Delegirten bei den mitwählenden Vereinen ermöglicht werden sollte. —

Wenn die Auflage der Zeitung beim vorigen Verbandstag mit rund 4000 angegeben werden konnte, so ist jetzt eine Verminderung der Auflage um 200 bis 300 Exemplare zu konstatiren. Der Ausfall kommt aber zum Theil daher, daß in Oesterreich ein geringer Abonnentenstand eingetreten ist, weil für Oesterreich ein besonderes Organ der Kollegen durch die seit einem Jahr in Wien erscheinende „Einigkeit" geschaffen wurde; auch ist zum Theil durch die Auflösung einiger Vereine der Ausfall entstanden. —

Den in Folge der letzten Bergarbeiterbewegung ausgesperrten und auf die Hilfe der gesammten Arbeiterschaft nun angewiesenen Bergleuten hat der Vorstand, entsprechend einem Antrag des Vereins Berlin und eines solchen des Vereins Frankfurt a. M., 300 Mark aus Verbandsmitteln zukommen lassen.

Der Ausschuß wurde über die Verbandsverhältnisse stets auf dem Laufenden gehalten und bei wichtigen Fragen dessen Ansichten eingeholt, und war das Bestreben des Vorstandes stets darauf gerichtet, mit dem Ausschuß übereinstimmend im Interesse der Organisation die Geschäfte zu führen.

Möge nun der vierte ordentliche Verbandstag beurtheilen, ob der Vorstand seine Pflicht erfüllt hat.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht erklärt zunächst Goppert-Hannover richtigstellend, daß Hannover für die Aufnahme der Winkler'schen Annonce in der Buchbinderzeitung gewesen sei. Bezüglich der Vertretung des Vereins Hannover zum Verbandstag bemerkt er, daß durch einen Irrthum nur ein Delegirter entsendet werden konnte, während er thatsächlich bei seinem Mitgliederstande durch zwei Delegirte vertreten sein müßte. Dietrich-Stuttgart meint, daß dem Verbandsvorstande eine dieses Recht in sich schließende Angabe der Höhe des Mitgliederstandes nicht gemacht worden sei und er sich nach der Angabe vom III. Quartal richten mußte. Gerade Hannover hätte allerdings verdient, zwei Delegirte abzuordnen. Behrmann-Bielefeld erklärt betreffs der Winkler'schen Annonce, daß sein Verein sich ebenfalls für deren Aufnahme ausgesprochen habe; desgleichen Schubert-Magdeburg.

Dietrich stellt richtig, daß seine Angaben auf die verschiedene Berichterstattung zurückzuführen wären. Mannebach-Bremen beschwert sich darüber, daß Dietrich gelegentlich einer Agitationsreise Bremen nicht berührt habe, was Dietrich mit Zeitmangel entschuldigt, da Rheinland und Westfalen in die Agitation einbezogen werden mußte.

Scherer-Leipzig erklärt, daß Leipzig sich in Sachen der Winkler'schen Annonce nicht gegen deren Aufnahme, sondern nur gegen die redaktionelle Empfehlung gewendet habe.

Marwitz-Berlin wundert sich, daß so viel Verbandsvereine sich für Aufnahme dieser Annonce erklärten. Er ist der Ansicht, daß, da wir für Erringung des Arbeitsnachweises in unsere Hände streben, als einer wirksamen Waffe, sie nicht aufgenommen werden darf.

Weiß-Köln meint, daß mit Wegfall dieser Annonce auch andere Annoncen fortfallen müssen.

Neumann-Rostock erklärt, daß die Stellung Rostocks hierzu deswegen verneinend sei, weil die Prinzipale sich nach Leipzig gewandt haben.

Dietrich stellt die Schädlichkeit der Annonce in Abrede. Mit der Zurückweisung würde eine Einnahmequelle verstopft werden, während so das Kapital mit seinem eigenen Gelde bekämpft wird. Die Arbeitslosen gehen ja auch von Geschäft zu Geschäft, wenn sie in unsern Arbeitsnachweisen eine Stelle nicht nachgewiesen bekommen können und fragen um Arbeit an. Das werden sie ebenso beim Winkler'schen Arbeitsnachweis thun, wenn wir auch die Annonce nicht aufnehmen. Jeder überzeugte Kollege würde aber nur nothgedrungen ihn benützen. Die sogenannte redaktionelle Empfehlung sei in Wirklichkeit keine solche, sondern nur ein Hinweis auf Wunsch der Firma.

Riese-Berlin tritt Dietrich entgegen mit der Behauptung, daß jeder Hinweis schon als eine Empfehlung angesehen werden kann. Der Verein Berlin wolle dem Redakteur keinen direkten Vorwurf machen. Unser Blatt soll aber nicht den Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden, so wenig uns seitens dieser hierin ein Entgegenkommen zu Theil wird.

Buchwald-Altenburg hält auch dafür, daß die redaktionelle Empfehlung nicht am Platze war. Das Mittel der Aufklärung durch die Zeitung bringe mehr ein, als der Ertrag derartiger Annoncen. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Schubert-Liegnitz erklärt sich gegen jede Aufnahme von Geschäfts-Annoncen. Es ist nicht recht, wenn wir auf der einen Seite das Kapital bekämpfen und auf der andern die Reklametrommel rühren.

Müller-Stuttgart ist für Aufnahme der Annonce, jedoch unter Wegfall des Arbeitsnachweises.

Scherer-Leipzig meint, daß das Bestreben, Einnahmequellen zu haben, wohl gebilligt werden kann, aber der Schaden ist größer wie der Nutzen. Erklärt sich im Uebrigen ebenfalls gegen Aufnahme derartiger Annoncen.

Es wird hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nachdem spricht noch gegen Aufnahme Nardten-Leipzig.

Im Ganzen liegen 3 Anträge zu dieser Angelegenheit vor. Nachstehender von Wunsched-Berlin wird angenommen:

„Ein redaktioneller Hinweis auf die Reklame-Annoncen in unserer Zeitschrift ist nicht statthaft."

Scherer-Leipzig bringt die Angelegenheit Annaberg vor, in eingehender Weise die dortigen Verhältnisse schildernd. Von ihm gelangt die seinerzeit behufs Abdruck in der Buchbinderzeitung eingesandte aber zurückgewiesene Resolution zur Vertheilung an die Delegirten. Seiner Ansicht nach ist dieselbe harmlos, die Zurückweisung ihm unbegreiflich. Die Verhandlungen werden nächstdem um 12½ Uhr vertagt.

II. Sitzung.

Der erste Vorsitzende Harder-Hannover eröffnet die Verhandlungen um 2 Uhr Nachmittags. Nach Verlesung der Präsenzliste, ergebend die Anwesenheit aller Delegirten, wird die Diskussion über den Geschäftsbericht, resp. die Annaberger Angelegenheit fortgesetzt.

Schubert-Liegnitz frägt an, ob die Sache weiter verhandelt werden soll oder nicht, worauf ihm durch den Vorsitzenden zur Antwort wird, daß die Erörterungen hierüber nur jetzt erledigt werden können. Schubert, nunmehr auf die Sache eingehend, giebt ein Bild von den Annaberger Zuständen und ersucht um Zurücknahme der Maßregelung.

Dietrich führt unter Anderem aus, daß Derjenige, der Rechte haben will, auch Opfer bringen muß, was jedoch bei den Annabergern nicht zutreffe. Der Verbandsvorstand habe die Vereine nicht aufgefordert, die Reiseunterstützung zu verweigern. Man hätte auf sein Schreiben weitere Nachricht geben und dadurch die Bekanntmachung vermeiden sollen, an Entgegenkommen würde es nicht gefehlt haben. Der Verbandsvorstand habe nur nach seiner Vorschrift gehandelt. Meint der Verbandstag, diesem Verein sei Unrecht geschehen und der Verbandsvorstand hätte gefehlt, so wird dadurch in weiterer Folge ein Loch in die Zentralisation gestoßen und keine Disziplin wäre nach dem mehr vorhanden. Das Streben der Annaberger sei nur auf Unterstützungszwecke gerichtet. Uebrigens seien sie wohl im Stande, ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, da anderwärts, wo oft die Verhältnisse noch schlechter sind, die Kollegen auch ihre Beiträge zahlen müssen.

Buchwald-Altenburg meint, daß die ganze Sache von der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes herrühre: Die Verbandsvereine werden ersucht, die Legitimation des Annaberger Vereins nicht mehr anzuerkennen. Hierdurch sei der Fehler entstanden. Es spricht aus diesem Erlaß eine gewisse Selbstherrlichkeit.

Grimm-Hamburg ist der Ansicht, daß derartige Bekanntmachungen nicht beleidigend gehalten sein sollen. Nach einer thatsächlichen Berichtigung Dietrich's tritt Schubert-Liegnitz nochmals für seine früheren Ausführungen ein.

Dietrich kommt in längeren Ausführungen noch auf die Angelegenheit des Vereins Wiesbaden und auf das Dresdener Flugblatt zu sprechen. Wiesbaden, nachdem es sich ein halbes Jahr nicht um den Verband kümmerte, meldete plötzlich seinen Austritt an, ohne jedoch mit dem Verbande abzurechnen. Der Verbandsvorstand habe die Dresdener Einsendung zurückgewiesen, weil darin einleitend gesagt ist, es solle die Polemik wieder aufgenommen werden; es sei aber Ruhe und Frieden in der Organisation nur wünschenswerth. Es handle sich auch nicht um eine beleidigte Organisation, sondern die Kritik der Vorstands-Bekanntmachung, welche die redaktionelle Anmerkung zur Folge hatte, ist von dem Verband nicht angehörenden Kollegen in öffentlicher Versammlung gemacht worden, wozu diese kein Recht hatten. Auf das Flugblatt näher eingehend, meint Redner, daß durch dasselbe der Arbeiterbewegung mehr Schaden zugefügt wurde, als er in der Anmerkung an die Wiesbadener Korrespondenz, betreffend die Tiraden der Unabhängigen, diese verletzen konnte.

Scherer-Leipzig verliest das Schreiben des Verbandsvorsitzenden an den Annaberger Verein, welches Androhung eventuell Verluste bei Abbestellung der Zeitung enthält.

Goppert-Hannover ist der Ansicht, daß durch die Aufgabe des geistigen Bindemittels, der Zeitung, im vorliegenden Falle das Verhalten des Verbandsvorstandes nur korrekt ist.

Dietrich erwidert Scherer-Leipzig bezüglich des Briefes, daß er den thatsächlichen Vorschriften nur gerecht wurde.

Nardten-Leipzig spricht sich im Sinne Scherers aus. Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Ueber eine von Jöhler-Stuttgart eingegangene Resolution spricht Buchwald-Altenburg, indem er sich mit derselben nicht einverstanden erklärt. Er wünscht die Streitsache einer Kommission zu überweisen, welche besonders eine geeignete Resolution über die ganze Angelegenheit in Vorschlag zu bringen hätte.

Jöhler-Stuttgart hält dieses Verfahren für nutzlos.

Schubert-Liegnitz ist für eine Kommission, damit die Sache unter Verwendung von Material, welches er vorlegen will, geregelt werde.

Nachdem noch Marwitz-Berlin sich für Wahl einer Kommission erklärt, wird dieselbe vorgenommen und ergab die Kollegen: Marwitz-Berlin, Jöhler-Stuttgart, Goppert-Hannover, Kirchner-Fürth, Geschwinder-Freiburg.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden berichtet Kamman-Hamburg über die zur Zeit der Cholera daselbst eingegangenen Unterstützungen.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Berlin. In einer Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Glace- und Karton-Papierbranche sprach am 15. Febr. Dr. Lütgenau über: „Die Freiheit und ihre Rolle in der sozialen und geistigen Entwicklung der Menschen." „Die Freiheit" — so führte der Referent aus — „ist von vielen Parteien auf ihre Fahne geschrieben, er nenne nur den Freisinn, die Sozialdemokratie und den Anarchismus. Der Begriff der Freiheit sei zweierlei Art: einmal ein sinnlich wahrnehmbarer, zum andern ein abstrakter (gedachter), nicht mit den Sinnen wahrzunehmender. Der erstere Begriff könne auch subjektive Freiheit genannt werden, bei ihm sind die Persönlichkeiten frei, während der andere die objektive Freiheit darstelle, d. h. es vollziehen sich unter ihm eine Reihe wirthschaftlicher Vorgänge, ohne daß ein Eingriff von Außen her ausgeübt wird, wie dies bei der freien Konkurrenz der Fall ist. In England gäbe es für beide Arten Freiheit verschiedene Benennungen und könne dort auch das Taschenspielerkunststück der Freisinnigen, die die freie Konkurrenz als persönliche Freiheit hinstellen, nicht vorkommen. Die bürgerliche Freiheit beziehe sich nur auf den Produktionsprozeß, während der Anarchismus das „Nichteinwirken von Außen" für alle gesellschaftlichen Vorgänge fordert. Redner zitirt einige Sätze aus Stirner's „Der Einzige und sein Eigenthum," welches Buch er Allen empfiehlt, die sich über den Anarchismus unterrichten wollen. Zu diesen beiden Arten von Freiheit stelle die Kirche noch eine dritte Art auf: die geistige Freiheit. Geistig frei sein bedeute hier die Möglichkeit besitzen, nach eigenem Ermessen Etwas thun oder lassen zu können. In Wirklichkeit sei geistige Freiheit so wenig vorhanden, wie die persönliche Freiheit bürgerlicher oder anarchistischer Theorie. Nicht kann der Einzelne selbstherrlich sich entschließen, Gutes oder Böses zu thun, sondern alle Handlungen der Persönlichkeiten sind Erzeugnisse der Nothwendigkeit. Diese Nothwendigkeit muß auch nicht immer dem unmittelbaren Interesse entsprechen, sondern sie kann wurzeln in der Denkweise, die dem Einzelnen auf Grund seiner Klassenzugehörigkeit zu eigen ist.

Der Begriff der bürgerlichen Freiheit kommt erst auf mit der Zertrümmerung des Feudalismus, d. i. der auf dem Grundbesitz beruhenden, für den Selbstbedarf produzirenden Gesellschaft, und dem Aufrichten einer Waaren erzeugenden, d. i. die Produkte umtauschenden Gesellschaft am Ende des 15. Jahrhunderts. Die Freiheit des Arbeiters ist in dieser Gesellschaft zwiefach vorhanden: Juristisch, d. h. der Arbeiter ist nicht gebunden an einen Arbeitgeber, er kann rechtlich zu keiner Arbeit gezwungen werden, — und ökonomisch, d. h. er ist losgelöst von seinem Produktionsmittel, er ist frei vom Besitz, wirthschaftlich frei. Die wirthschaftliche Freiheit ist aber nur Fiktion, Täuschung, sie schlägt sofort um in ihr Gegentheil: die wirthschaftliche Abhängigkeit. Wirkliche wirthschaftliche Freiheit kann nur sein, wo Produktions- und Konsumtions-Freiheit vorhanden ist, beides fehlt in der bürgerlichen Gesellschaft. Die wirkliche Freiheit beginnt erst jenseits der Nothwendigkeit! Das gegenwärtige wirthschaftliche System ist aber das Gegentheil von Nothwendigkeit, die Nothwendigkeit erheischt vielmehr seine Beseitigung. Wir treten für Unfreiheit ein, wo es das Interesse der arbeitenden Klasse erfordert. Man kann nicht an jedem beliebigen Ende anfangen, die Gesellschaft zu reformiren, sondern dies muß von Grund auf geschehen.

Die Ursache der Unfreiheit ist das Monopol an Produktionsmitteln. Die Aufhebung dieses Monopols kann auf zweierlei Weise geschehen: Durch Rückgabe des Produktionsmittels an den Einzelnen oder durch Uebernahme aller Produktionsmittel durch die Gesammtheit. Das erste — soweit es überhaupt möglich ist — bedeutet Rückkehr zum Kleinbetrieb, als zu einer überwundenen Produktionsform. Der Anarchismus, der dies will, sagt: Gemeinbesitz bedeutet Autorität der Gesellschaft. Dieser Satz, nebst einem andern: „Demokratie ist Herrschaft und wo Herrschaft ist, ist auch Knechtschaft," ist zu finden bei Dühring. Wie aber kann man Herrschaft nennen den Beschluß einer Anzahl Menschen, die nichts leitet als Einsicht in die Nothwendigkeit und wie soll der Knecht sein, der sich diesem Beschlusse fügt? Sollte übrigens nicht der Entscheid der Mehrheit gelten, so bliebe logisch nur der Wille der Minderheit und zwar der kleinsten übrig. Der größte Querkopf würde also Gebieter Aller werden und wirkliche Knechte die Uebrigen. Dem Sozialismus wird vom Anarchismus unterschoben, er wolle den Staat erhalten. Der Staat wird dadurch hervorgerufen, daß die herrschende Klasse ihre Interessen als die der Gesammtheit hinstellt und wahren will. Im Sozialismus aber fallen mit dem Privateigenthum die Grundlagen der Klassen und damit diese nebst den Interessengegensätzen weg, unmöglich ist also die sozialistische Gesellschaft ein Staat im heutigen Sinne. Damit fallen auch alle Fragen der Gegner nach den Einrichtungen im Zukunftsstaat. Der Sozialismus mußte seine Aufgabe: Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, erkennen und sie zum Zielpunkte der historischen Entwicklung machen. Mit der Lösung seiner Aufgabe erfüllt der Sozialismus eine ökonomische Nothwendigkeit. Die Freiheit ist nach Hegel „Einsicht in die Nothwendigkeit" und, kann man hinzusetzen, die Möglichkeit, die Nothwendigkeit auszuführen. Hegel erkannte zum ersten Male, daß alle Entwicklung Produkt der Nothwendigkeit ist, daß nichts Zufall, vielmehr Eins organisch aus dem Andern hervorgegangen ist. Fälschlich faßte er die Idee auf als das Ursprüngliche und die Materie als Folge. Marx war es vorbehalten, die wirthschaftlichen Veränderungen als Triebkraft des Fortschritts zu entdecken. Mögen weiter die Arbeiter kämpfen für ihre Ideale, bald werden sie dann eine ökonomische Nothwendigkeit ausgeführt und wirkliche Freiheit geschaffen haben." Der rege Beifall am Schlusse des Vortrags bewies, daß die leider nur in kleiner Zahl Anwesenden eines Sinnes mit dem Redner waren. —

Unter Gewerkschaftlichem wurden sodann Branchenangelegenheiten besprochen. Kollege Weigert war, entgegen dem von verschiedenen Rednern geforderten Beitritt zur Berufsorganisation, der Ansicht, daß auch der Arbeiter als klassenbewußt zu gelten habe, der nur bei Wahlen dem Arbeiterkandidaten seine Stimme gebe. Greitenberg machte demgegenüber treffend darauf aufmerksam, daß, wenn einmal vom Proletariat die politische Herrschaft erobert ist, auch Organisationen vorhanden sein müssen, die gewillt und im Stande sind, die Produktion in der betr. Branche zu übernehmen. Diese Organisationen könnten aber, der Natur der Sache nach, nur die Gewerkschaften sein. Es sei darum schon aus diesem Grunde, ganz abgesehen von der erzieherischen und bildenden Wirksamkeit der Gewerkschaften, sowie dem Gegengewicht, das sie gegen das Kapital ausübten, Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, sich der Organisation seines Berufes anzuschließen. —

In unserer Vereinsversammlung vom 20. Febr. hielt Dr. Pinn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Muhamed und seine Lehre."

Glogau. Der nach den Weihnachtsfeiertagen eingetretene flauere Geschäftsgang hat auch auf unser hiesiges Vereinsleben sehr merklich eingewirkt, waren doch mehrere Mitglieder gezwungen, von hier abzureisen, wodurch die Mitgliederzahl sich verringerte. Aber auch aus andern nichtssagenden Gründen haben einige Kollegen dem Verein den Rücken gekehrt, so unser gewesener Vorsitzender W., der in nicht zu entschuldigender Weise den Verein seinem Schicksal überließ. Derselbe war nicht Willens, den Verein nur ein Jahr zu leiten.

Durch den besagten Mitgliederausfall konnten wir am 1. Januar nur noch zwei Mitglieder am Orte und vier auswärtige zählen und schien somit das Ende des Vereins unvermeidlich. Doch beharrliche Arbeit und Ausdauer brachte es wieder soweit, daß jetzt am Orte wieder fünf Mitglieder sind und wir somit dem verwaist gewesenen Verein eine Leitung wieder geben konnten. In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung wurde nun gewählt: als Vorsitzender Hugo Bose, als Kassier Willibald Riedel, als Schriftführer Paul Wagner; zur Kassenrevision wurden die Kollegen Franke und Mehnert gewählt. Wir hoffen, daß das Vereinsleben nun wieder ein regeres sein wird.

Adresse des Vorsitzenden: Hugo Bose, Kupferschmiedstraße 14.

Vom 18. Februar an finden wieder regelmäßig alle 14 Tage Versammlungen statt.

P. W.

Frankfurt a. M. Die am 20. Februar, während des Verbandstages, im „Grünen Wald" abgehaltene öffentliche Versammlung der Buchbinder, Portefeuiller und aller anderen im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Kollege Dietrich besprach in längerer Ausführung die Entwicklung und Ausdehnung der Produktion, was seitens der Versammlung mit dem größten Interesse aufgenommen wurde. Redner schildert in leichtverständlicher Weise die Entstehung der Zünfte, den Kleinbetrieb, die durch die Entdeckung neuer Länder und Auffindung von Handelswegen erfolgte Erweiterung der Produktion. Ferner wies Redner nach, wie durch die fortwährende Erweiterung der Industriezweige das Gebiet des Handwerks eingeengt, der Kleinbetrieb dem Untergange zugeführt wird. Heute arbeiten schon 57 Prozent der Kleinmeister ohne Gehilfen, Frau und Kinder werden zur Arbeit herangezogen. — Die Zahl der Lohnarbeiter vermehrt sich durch die in Armuth versinkenden Kleinhandwerker und Kleinbauern fortgesetzt. Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter verschlechtert sich immer mehr und meistens ist der Fall, daß, obwohl Frau und Kinder mitarbeiten, kaum möglich ist, so viel zu verdienen, als die Arbeiterfamilie zum Lebensunterhalte braucht. — Zum Schlusse die Organisationen besprechend, fordert Redner auf, sich den Organisationen anzuschließen, indem wir erst dann in der Lage wären, gesündere Verhältnisse zu schaffen, regelnd in die Produktion einzugreifen, wenn Alle gewerkschaftlich und politisch organisirt sind. — Nach reichem Beifall der Versammlung und nachdem der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung ausgesprochen, wird der Vortrag zur Diskussion gestellt. An derselben betheiligen sich die Kollegen Hölzl, Thierberg, Scherer-Leipzig

Wilhelm, Getrost und Hoffmann, welche sich sämmtlich im Sinne des Referenten aussprachen und ebenfalls zum Beitritt in die Organisationen aufforderten. Folgende Resolution wurde hierauf angenommen:

„Die heutige im „Grünen Wald" tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder, Portefeuiller und aller anderen im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Genossen Dietrich einverstanden und erkennt an, daß eine Besserung der Lage der Arbeiter nur zu erreichen ist, wenn Alle in die bestehenden organisirten Gewerkschaften eintreten, um mit ihren bedrückten Kollegen den Kampf gegen das alles unterjochen wollende Kapital Schulter an Schulter aufzunehmen."

Im Verschiedenen unterwarf Kollege Müller mehrere hiesige Firmen, besonders B. Donndorf, Ph. Frei, Maubach und E. Schnell, wegen der in diesen Geschäften herrschenden schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer scharfen Kritik und bedauerte ebenfalls, daß die Arbeiter und sogar Kollegen bei vorgekommenen Lohnreduktionen keinen entschiedeneren und präziseren Standpunkt eingenommen hätten. Herr Scheidel freut sich, daß diese Firmen endlich einmal an die Oeffentlichkeit gezogen würden. Er könne die schlechten Zustände, welche in den genannten Geschäften herrschen, nur bestätigen und bedauerte es, daß ihm von seinen Kollegen, den Steindruckern und Lithographen, noch nie derartige Mittheilungen gemacht wurden. Kollege Brandt und Herr Rübmann widersprechen den Ausführungen der Vorredner und suchten die Firma B. Donndorf, unter dem Widerspruch der Versammlung, in Schutz zu nehmen. Nachdem der vorgerückten Zeit wegen die Debatte geschlossen und Kollege Dietrich in seinem Schlußwort kurz zu den letzten Ausführungen gesprochen, schließt der Vorsitzende die Versammlung. Sch.

Aarau. Um nicht in den Kollegenkreisen in Vergessenheit zu gerathen, ist es an der Zeit, wieder einmal etwas von uns hören zu lassen, obschon wir in letzter Zeit nicht viel Nennenswerthes zu verzeichnen haben. Wie schon in einer früheren Nummer der Buchbinderzeitung erwähnt wurde, besteht unser Fachverein meistens aus Landbevölkerung, und sind eben dadurch die hiesigen Verhältnisse in unserer Branche nicht derart beschaffen, um das Vereinswesen so zu heben und zu pflegen, wie es sein sollte. Wie in jedem Verein, so ist's auch bei uns, wir haben Mitglieder, welche die Versammlungen regelmäßig besuchen, und dann aber auch solche, die sich oft gerne „drücken," wie man so zu sagen pflegt. So war es auch an unserer den 15. Jan. d. J. stattgefundenen Generalversammlung wieder der Fall, wo man doch hoffen durfte, einmal alle Mann auf Deck zu sehen.

In Abwesenheit des Präsidenten J. Hamma wurde die Versammlung vom Aktuar F. Käser geleitet. — Im verflossenen Quartal sind dem Verein beigetreten 3 neue Mitglieder, ausgetreten 2 und abgereist 2; der derzeitige Mitgliederbestand beträgt 14. Abgehalten wurden 3 Monats- und eine außerordentliche Generalversammlung. Laut Kassabericht sind zu verzeichnen an Einnahmen Fr. 69,10, an Ausgaben Fr. 23,60, bleibt somit ein Saldo von Fr. 45,50. Die Kasse wurde von den Revisoren richtig befunden, und dem Kassier Kollegen Fehlmann Decharge ertheilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Präsident: F. Käser. Aktuar: Bollinger, Kassier: Fehlmann. Leider mußte man von einer Wiederwahl von Kollege Hamma Abstand nehmen, da derselbe nach kurzer Zeit von hier abreiste. Genannter Kollege hat sich in unserem Verein recht thätig gezeigt, und war auch in Gesellschaft immer ein fideler Bruder; wir wünschen ihm von Herzen gutes Fortkommen in seiner neuen Stellung, und hoffen, daß er auch ferner mit gleichem Eifer zu unserer Sache halten werde.

Am 20. Nov. v. J. hielt Kollege Schäfer aus Basel in unserem Verein einen Vortrag über „Nothwendigkeit der Arbeiterorganisation." Der Referent zeigte zunächst in klaren und verständlichen Zügen, wie nothwendig es sei, die Arbeiterschaft zu organisiren und aufzuklären, da es bei einem sehr großen Theil derselben an der nöthigen Aufklärung fehle und sie sich deshalb um unsere wirthschaftlichen Verhältnisse nicht bekümmere. Die Aufklärung soll hauptsächlich durch sozialwissenschaftliche Literatur, Vorträge ꝛc. geschehen. Sodann giebt Redner einen kurzen Rückblick über die Entwicklung und Fortschritte der letzten Jahrzehnte, besonders in der Maschinentechnik. Trotz allen technischen Hilfsmitteln aber ist gerade in der Gegenwart das soziale Elend so groß. Das Pfaffenthum will den Grund zu diesem Elend in der Gottlosigkeit, wieder andere in der Trunksucht suchen. Alsdann giebt es noch einen Ausbund von Mathematikern, die behaupten, es seien zu viel Menschen auf der Erde, diese könne nicht soviel hervorbringen, um Alle genügend zu ernähren. Kollege Schäfer widerlegt alle diese Meinungen und Ansichten, womit man das Volk zu beschwichtigen und zu verdummen sucht, und giebt den wahren Grund all des großen Elends unter der Arbeiterbevölkerung unserer verdrehten und falschen Staatswirthschaft schuld. Deshalb sei es eben nothwendig, daß sich die Arbeiter organisiren und mit vereinter Kraft das zu erreichen suchen, was ihnen von Rechtswegen gehört: „Ein menschenwürdiges Dasein." Jeder Mensch soll arbeiten, aber auch Jeder soll den Nutzen seiner Arbeit genießen. Der Referent giebt im Weiteren ein erklärendes Bild von dem sogenannten Eigenthumsrecht, und führt in einigen Beispielen an, wie sich der Fabrikant und Kapitalist an seinen Arbeitern bereichert und kommt zu dem Schluß, daß eben der Arbeiter viel zu schlecht bezahlt wird für seine Arbeitskraft. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Kleinmeister leidet heutzutage unter dem Drucke des Kapitals, denn überall gründen sich Aktiengesellschaften, welche das Kleingewerbe ihrem Untergange entgegentreiben. Der Schwächere wird von dem Stärkeren unterdrückt wie im Mittelalter, als das Faustrecht üblich war. Damals organisirten sich die Handwerker und Bauern, um von dem Drucke des Adels frei zu werden, was ihnen denn auch Dank ihres festen Zusammenhaltens gelang, worauf der Volkswohlstand aufblühte, wie wir am besten aus der Geschichte der freien Hansastädte ersehen. Kollege Schäfer erwahnte zum Schlusse noch alle Anwesenden, fest zur Organisation zu halten, da dies der einzige Weg sei, zu unserem Ziele zu gelangen.

Der sehr gediegene Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und vom Präsidenten bestens verdankt. Hoffen wir, daß die Worte unsres Freundes und Kollegen Schäfer auch im neuen Jahr in unserem Fachverein recht segensreich wirken mögen. F. K.

Rundschau.

* Vor der Strafkammer des Landgerichts Dortmund fand die Verhandlung gegen den Bergarbeiter Bunte statt wegen Aufreizung zum Streik, bezw. zum Ungehorsam gegen die Gesetze und wegen Verrufserklärung. Die Strafthaten soll Bunte Anfang Januar in Versammlungen zu Essen und Dortmund, bezw. Dorstfeld begangen haben. Obwohl eine direkte Aufforderung zum Kontraktbruch ihm nicht nachgewiesen werden kann, so habe doch der Streik im Saarrevier unter Kontraktbruch stattgefunden und Bunte habe jenen Streik als gerechtfertigt erklärt und zur Unterstützung der Streikenden aufgefordert. Seine Aeußerungen in den Versammlungen sollen indirekte Aufforderungen zum Kontraktbruch enthalten, auch die Verrufserklärung sei in dem Satze liegend, daß man Diejenigen „für Alles halten könne," welche jetzt die Beschlüsse fassen, dann aber nicht durchführen, sondern nur Andere aufs Glatteis führen. Bunte wurde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt, wovon 1 Monat Untersuchungshaft abgeht, in der Anklage wegen Verrufserklärung aber freigesprochen.

* Die vom Gewerkschaftskartell in Leipzig aufgenommene Arbeitslosen-Statistik ergab eine gewaltige Zahl zur Einreihung in die Rubrik Nothstand. Es wurden im Stadtgebiete 7364 Arbeitslose, in den Vororten Leutzsch, Möckern, Schönefeld, Peunsdorf, Stötteritz, Probstheide, Liebertwolkwitz und Großzschocher 1330 Arbeitslose, insgesammt 8692 beschäftigungslose Personen ermittelt. Wagt man angesichts solcher Zahlen immer noch einen Nothstand als thatsächlich nicht vorhanden, oder als übertrieben geschildert zu bezeichnen? Freilich die Wintervergnügungen der oberen Zehntausend lassen einen Nothstand nicht erkennen.

* In Helmstädt hat die Gemeindebehörde den Beschäftigungslosen Arbeit angewiesen.

* Im Amtsgerichtsbezirk Chemnitz (Land) haben bei der Wahl der Arbeitervertreter zum Gewerbegericht überall die Kandidaten der Sozialdemokratie gesiegt.

* Nothstand oder nicht? In der Zeit vom 1. November 1892 bis zum 21. Februar 1893 übernachteten in den drei Herbergen zu Wandsbeck im Ganzen 9156 Personen, und zwar in der Herberge „Zum goldenen Löwen" (Gerstenkorn) 5601, bei Dänecke, Sternstraße, 1937 und auf der Maurer- und Schneiderherberge in der Lübeckerstraße 1618 zugereiste Arbeiter.

* Ein neues Unternehmerkartell ist entstanden. Am 16. Februar ist in Dortmund das „rheinisch-westfälische Kohlensyndikat" rechtsgiltig gebildet worden, das 170 in privatem Besitz befindliche Zechen mit einer gesammten Jahresförderung von über 37 Millionen Tonnen Kohlen umfaßt. Zweck dieses Unternehmerverbandes ist natürlich: Steigerung der Gewinne der Kohlenritter und größere Unterdrückung der Arbeiter.

* Bei den am 20. Februar in Berlin stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten etwa 24 000 Stimmen, während die Kandidaten der Max Hirsch'schen Gewerkvereine nur etwa 1000 Stimmen auf sich vereinigten. Auch bei den Wahlen der Arbeitgeberbeisitzer erlangten die sozialdemokratischen Kandidaten in zwei Bezirken den Sieg. Im Berliner Gewerbegericht werden nun 210 Sozialdemokraten als Arbeiterbeisitzer und 9 als Arbeitgeberbeisitzer fungiren. Die armen „Hirsche" erlangten also schwere Niederlage.

* Ein Ausstand der englischen Bergleute, an dem sich voraussichtlich gegen 100 000 Mann betheiligt haben würden, ist durch gütliche Vereinbarung vermieden. Die Unternehmer und Arbeiter einigten sich dahin, daß die Löhne nach der beweglichen Skala (sliding scale) um 8¾ Proz. erhöht oder herabgesetzt werden können, je nachdem der Geschäftsgang gut oder schlecht ist.

* Nach einem Wolf'schen Telegramm sollen alle Weichensteller der Chicago Western Indiana-Eisenbahn wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung ausstehen. Der Waarenverkehr der Eisenbahn sei unterbrochen.

* In Chicago hat sich ein Syndikat der Schutzleute gebildet. Sie fordern höheren Lohn und zwar mit der Begründung, daß ihnen durch die Weltausstellung, welche zahlreiche Vertreter der Verbrecherwelt nach Chicago locken werde, mehr Arbeit erwachsen würde.

Abänderung in den Vereinsadressen.

Glogau: Hugo Bose, Kupferschmidstr. 14.
Weimar: Die Adresse des Vertrauensmannes in Gera ist: Eugen Pietsch, bei Herrn H. Bimberg, Zschochern 60.

Abänderung im Verzeichniß von Vereinen.

Glogau. Vg. Restaurant Rosenberg, Mühlstraße; alle 14 Tage Sonnabends. (Vom 4. März an gerechnet.)

Briefkasten.

E. Pf. in Leipzig. Inserat war am Mittwoch Nachmittag vorige Woche eingetroffen und dadurch die Aufnahme unmöglich; das Blatt muß schon Mittwoch Vormittag druckfertig sein.

C. Gr. in Zürich. Der von Neuenburg geschuldete Betrag ist jetzt gezahlt. — Betreff Kartellverhältniß hat der Verbandstag den Vorstand ermächtigt, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen. Später wird Näheres erfolgen.

P. M. in Luzern. In nächster Nummer.

H. W in Köln. In dem Gedicht ist der Humor voll und ganz zur Geltung gekommen. Wenn der Abdruck von den Verfassern auch nicht verboten ist, so ist er uns aber doch verboten. Hoffentlich Alle gut angekommen!

H. K. in Hamburg. Berichte der Delegirten in unserer Zeitung zu bringen ist schon deshalb unnöthig, weil das Protokoll ja abgedruckt wird.

Anzeigen.

Unterstützungsverein Hamburg.

Sonnabend, den 11. März, Abends 9 Uhr, bei Herrn Pflug, Kohlhöfen 32 a

Mitgliederversammlung.

88] Tagesordnung [1.30

1. Die internationale Fabrikgesetzgebung mit achtstündigem Normalarbeitstag. Referent: Hr. Grimm.
2. Fortsetzung des Berichts vom Gewerkschaftskartell.
3. Wahl eines permanenten Festkomite's.

Der Vorstand.

Fachverein Hannover.

89] **(Arbeiter u. Arbeiterinnen.)** [1.60

Sonnabend, den 4. März, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal bei Bolte, Neuestraße 27,

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag.
2. Wahl des Verbandsausschusses.
3. Verschiedenes und Fragekasten.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Fachverein Stuttgart.

90] **(Arbeiter und Arbeiterinnen.)** [2.70

Samstag, den 4. März, Abends präzis ½9 Uhr, im Vereinslokal, **Wilhelmshalle,** Katharinenstr. 2a II.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

Erledigung der in letzter Versammlung unerledigt gebliebenen Punkte.

Indem verschiedene interne Angelegenheiten des Vereins zur Erledigung vorliegen, so erwartet ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Voranzeige!

Montag, den 13. März, findet bei Herrn Bogner, Christophstraße 9, eine

Arbeiterinnen-Versammlung

statt, worauf wir unsere Kolleginnen schon heute aufmerksam machen. Der Obige.

Todes-Anzeige.

Zentral-Kranken- und Begräbnißkasse der Buchbinder.

Verwaltungsstelle München.

Am Dienstag, den 21. Febr. 1893, Morgens 8 Uhr, verschied nach 1½jährigem Krankenlager unser Mitglied [2.10

Herr August Herbich

im Alter von 41 Jahren.

Friede seiner Asche!

Die Ortsverwaltung.

Der Fachverein Zürich

hat von heute ab sein Vereinslokal im

Restaurant Streicher,

92] **Obere Zäune.** 0,70]

93] **Achtung!** [1.00

Der Buchbinder Robert Johne aus Dresden oder Kollegen, welche dessen Aufenthalt kennen, werden dringend ersucht, davon Nachricht zu geben an

Franz Johne, Dresden,

Löbtauerstr. 2 II.

Etwaige Auslagen werden gern vergütet.

Verein Weimar.

Sonntag, den 5. März, Abends halb 8 Uhr, im großen Stadthaussaale

VIII. Stiftungs-Fest,

94] bestehend in [1.40

Abendunterhaltung und Ball,

wozu die Kollegen von Nah und Fern einladet

Der Vorstand.

Unser früheres Mitglied Joseph Lindemann aus Königsberg wird hiermit aufgefordert, die mitgenommene Liste für die streikenden Bergarbeiter umgehend hierher einzusenden. 95] [0.60

Fachverein Pforzheim.

Für Kollegen, welche über 1200—1500 Mark verfügen, habe ich in Dresden eine Buchbinderei mit Perforir- und Numerir-Betrieb sofort zu verkaufen. Aufträge vorhanden. 96] [0.60

G. Maune, Stetzsch bei Dresden.

Bei meiner Abreise von Hannover nach Leipzig sage ich allen Freunden und Verbandskollegen

97] **„herzliches Lebewohl!"** [0.50

Wilhelm Rösinger.

98] **Buchbinderei** u. Ladengeschäft m. Lieferung für Amtsgericht u. Behörden, allein in kleiner Stadt (Bad), 2300 Einw., Prov. Sachsen, Familienverhältnisse halber für 3300 Mk. zu verkaufen. Offerten unter G. H. 73 d. Zeitung erbeten. [1.00

99] **Hüte!** [1.40

mit der Arbeiterkontrolmarke empfiehlt billigst

E. Schneckenburger,

Gewerkschaftshutmacher,

Rothebühlstraße 18, Stuttgart.

Broschüre

über die praktische und thatsächliche Lösung der sozialen Arbeiterfrage

außer der bisherigen Lohnzahlung, Betheiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn größerer gewerblicher Unternehmungen.

Um eine Ventilation dieser wichtigsten aller Tagesfragen hervorzurufen und da mir an einem Gewinn aus dem Verkauf der Broschüren nichts gelegen ist, empfehle ich franko:

die 5. Auflage für 10 Pfg.
„ 6. „ „ 20 „

Zur näheren Besprechung der Broschüre habe ich dieselbe bereits den verehrlichen Zeitungsredaktionen übersandt, ferner habe ich in ausgedehntester Weise in den bedeutendsten politischen, sowie fast sämmtlichen sozialen Volksblättern dieserhalb inserirt, kein Geldopfer gescheut, und doch kann ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln die Besprechung des so nahe liegenden Gedankens nicht erreichen.

Wenn die Besitzenden diese Ideen unterdrücken, so halte ich das für sehr erklärlich, daß aber auch die besitzlosen Arbeiter diesen leicht faßlichen Gedanken nicht ergreifen, ist mir vollständig unverständlich. — Es hieße auf die Gegenwart verzichten, um einem Traumbild nachzujagen.

Dieses Inserat habe ich heute fast den sämmtlichen Organen der sozialistischen Gewerkschaften zur Veröffentlichung übergeben. Der Mensch ist merkwürdig in mancher Beziehung. So lange ich meine Broschüren zu 50 Pfg. pro Stück angeboten, habe ich viele Aufträge erhalten, seit ich diese aber zu 10 und 20 Pfg. pro Stück anbiete, fehlt mir fast jede Bestellung. **Je höher der Preis, desto größer die Nachfrage.** Leider kann ich den Preis nicht wieder auf eine Mark pro Stück steigern, nachdem meine Billigkeit einmal bekannt geworden ist. 100] [8.60

Halberstadt. **Ferdinand König.**

Unterricht im Hand- u. Preßvergolden
nach eigener leicht faßlicher Methode ertheilt [0.80
K. Wilh. Hofmann,
Karlsruhe (Baden).

108] **Erste Fachschule für Buchbinder**
GERA (Reuss j. L.)
Ausbildung im Handvergolden, Maschinenvergolden, Lederschnitt, Marmoriren, Goldschnitt etc.
Ausführliche Prospekte gratis u. franko.
Horn & Patzelt.

Herausgegeben vom Unterstützungsverband durch A. Dietrich, Stuttgart. — Verantwortlicher Redakteur A. Dietrich, Heusteigstraße 30. — Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.